

GASTBEITRAG

Die deutsche Geschichte und die nicht-militärische Bearbeitung von Konflikten

BZ-Gastbeitrag: Der Freiburger Geschichtswissenschaftler Wolfram Wette über die Lehren, die Deutschland aus der Geschichte gezogen hat, und die Ukraine-Krise

Im Gedenkjahr 2014 ist die Geschichte des Jahres 1914, der Beginn des Ersten Weltkriegs, breit diskutiert worden. Dabei spielte – nicht zuletzt wegen der Ukraine-Krise – die Frage eine große Rolle, ob man aus der Erfahrung des Krieges von 1914 bis 1918 etwas für unsere Gegenwart und Zukunft lernen könne. Aus der Sicht des Historikers ist es sinnvoll, diese Frage nicht in der Form allgemeiner Erwägungen anzugehen, sondern konkret nachzuforschen, welche Lehren die Menschen in den letzten hundert Jahren aus diesem Weltkrieg gezogen haben.

In der deutschen Gesellschaft von 1914 war der Offizier die Leitfigur. Die Offiziere verstanden sich als die Träger des Machtstaates. Heute haben wir eine Zivilgesellschaft, in welcher der Offizier keine herausgehobene Rolle mehr spielt. Damals hatten die führenden Militärs ständigen Zugang zum Entscheidungsträger über Krieg und Frieden, dem Kaiser, und übten erheblichen Einfluss auf die Politik aus. Heute wird das Militär von Regierung und Parlament kontrolliert.

1914 gab es in der politischen und militärischen Führung des Deutschen Reiches, aber auch in den traditionellen Eliten insgesamt, einen ausgeprägten Willen zum Krieg. Seit 1945 dominiert auch bei den Politikern des Landes ein Denken in den Kategorien der Kriegsverhütung. Diese Orientierung wird allerdings seit zwei Jahrzehnten tendenziell aufgeweicht durch eine neuerliche Militarisierung der Außenpolitik – nicht nur zur Wahrnehmung einer "Schutzverantwortung" bei Genoziden und Menschenrechtsverstößen, sondern auch zur Rohstoffsicherung, zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, weshalb man durchaus von Ansätzen zu einem Neoimperialismus sprechen kann.

1914 spielte das Wettrüsten der Großmächte eine kriegstreiberische Rolle, weil die Entscheidungsträger den Zeitpunkt zur Auslösung des Krieges von der eigenen, temporären Rüstungsüberlegenheit abhängig machten. Nach dem Ende des Kalten Krieges gibt es zwar kein Wettrüsten zwischen großen Blöcken mehr. Aber die Industrienationen, ganz vorne dabei Deutschland, pumpen die Welt voll mit Waffen. Als ob wir nicht wüssten, dass Rüstungsexporte die Welt nur unsicherer machen und das Gegenteil von Kriegsverhütung sind!

1914 gehörte der Nationalismus zu den strukturellen Kriegsursachen. Jeder wollte der Stärkste und Beste sein im angeblich ewigen Kampf der Nationen ums Dasein. Die Deutschen wollten sich einen "Platz an der Sonne" erobern. Man dachte in den Kategorien konkurrierender Nationalstaaten, die den Krieg als legitimes Mittel der Machtpolitik betrachteten. Heute ist Europa eine "Friedensmacht" im Innenverhältnis der Mitgliedsstaaten der EU, wengleich nicht im Außenverhältnis.

1914 waren die Menschen in Deutschland durch eine jahrzehntelange militaristische Erziehung gegangen, zu der auch die Indoktrinierung mit fatalistischen Kriegsideologien gehörte (Krieg als "Vater aller Dinge", gar als "Gottesgericht" und Reinigungswerk). Heute, nach der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, ist die große Mehrheit der Menschen in unserem Lande friedlich gesinnt. Das belegen die in Krisenzeiten durchgeführten Massendemonstrationen gegen den Krieg und viele Meinungsumfragen. Die Politik musste bislang schon auf diese Haltung der Menschen Rücksicht nehmen. Aber es gibt im Lande auch einen beängstigenden bellizistischen Diskurs in den Meinungsseleiten.

Das deutsche Grundgesetz von 1949 mit seinem Friedensgebot wird seit 1990 seitens der Politik immer wieder unterlaufen und damit ausgehöhlt. Dabei bietet die pazifistische Haltung der deutschen Bevölkerung den Regierenden die einmalige Chance, sich international durch eine kompetente nicht-militärische Bearbeitung von Konflikten hervorzutun und diese Politik als ihre Lehre aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu präsentieren.

Genau dieses geschieht in dem gefährlichsten unter den aktuellen Konflikten, dem Bürgerkrieg in der Ukraine. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier verwerfen die Idee, der Konflikt könne militärisch "gelöst" werden. Sie setzen alles daran, Waffenlieferungen an die Konfliktparteien zu verhindern, da diese den Konflikt nur weiter anheizen. Gleichzeitig dringen sie auf eine Deeskalation. Von bellizistischen Kritikern dieses Kurses diesseits und jenseits des Atlantiks lassen sie sich bislang nicht irritieren. Mit dieser Politik werden sie derzeit den Erwartungen gerecht, welche die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung in sie setzt.

– Der Autor ist Professor am Historischen Seminar der Uni Freiburg.

Autor: Wolfram Wette